

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage – Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag machen

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft Landtag beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Das Gesetz über die Sonn- und Feiertage vom 12. November 1954 (Brem.GBl. 1954 S. 115), zuletzt geändert am 21. Mai 2013 (Brem.GBl. 2013 S. 231), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 b wird wie folgt neu gefasst: der 8. März, als Internationaler Frauentag.
2. Die bisherigen Buchstaben b-j werden zu c-k.

Artikel 2

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

Der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden wird weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen. Initiiert wurde der Internationale Frauentag im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen durch Clara Zetkin. Erstmals fand er 1911 statt. Nach einem Verbot durch die Nationalsozialisten, geriet er nach dem 2. Weltkrieg zunächst in Vergessenheit und wurde dann durch die Frauenbewegung wieder ins Leben gerufen. 1975 proklamierte die UNO den 8. März zum Internationalen Frauentag.

Es ist ein Tag, um auf weiterhin bestehende Frauen betreffende Missstände wie ungleiche Entlohnung, Diskriminierung und Gewaltverhältnisse aufmerksam zu machen und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Angesichts dieser strukturellen Benachteiligung von Frauen ist es von hoher symbolischer Bedeutung, den Gleichberechtigungsanspruch des Grundgesetzes sowie der bremischen Landesverfassung durch einen Feiertag zu untermauern.

Auch feiertagspolitisch ist es nicht nachvollziehbar, warum in einer Gesellschaft, in der die christliche Religion eine immer geringere Rolle spielt, zwei Drittel der gesetzlichen Feiertage den christlichen Kirchen zugestanden werden.

Ein gesetzlicher Feiertag für Gerechtigkeit für Frauen könnte einen wichtigen Akzent für ein politisches Anliegen setzen, das uns alle angeht.

Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und die Fraktion DIE LINKE